

Deutschland-Herscheid: Gipskartonarbeiten
OJ S 163/2023 25/08/2023
Auftragsbekanntmachung
Bauleistung

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Herscheid
Postanschrift: Plettenberger Str. 27
Ort: Herscheid
NUTS-Code: DEA58 Märkischer Kreis
Postleitzahl: 58849
Land: Deutschland
E-Mail: Vergabestelle@herscheid.de
Telefon: +49 2357/9093-0
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.herscheid.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E61866289>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Europaweites offenes Verfahren der Gemeinde Herscheid zur Vergabe zur Vergabe von Trockenbauarbeiten am Bildungszentrum Rahlenberg in Herscheid

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

45324000 Gipskartonarbeiten

II.1.3. Art des Auftrags

Bauftrag

II.1.4. Kurze Beschreibung

Im Zuge der Sanierung des Verbindungsganges des Bildungszentrums Rahlenberg soll die Hausmeisterloge mit Trockenbauwänden abgetrennt werden.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

45422000 Zimmer- und Tischlerarbeiten, 45421146 Einbau von abgehängten Decken, 45421152 Installation von Trennwänden, 45421150 Bautischlerei-Einbauarbeiten ohne Metall

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEA58 Märkischer Kreis

Hauptort der Ausführung: Bergstraße 5, 58849 Herscheid

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Der Auftragnehmer schuldet diverse Trockenbauarbeiten im Rahmen der Sanierung des Verbindungsganges des Bildungszentrums Rahlenberg zur Abtrennung der Hausmeisterloge.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Preis

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 30/10/2023 Ende: 29/02/2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

In Form von Eigenerklärung:

- (1) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 des Gesetzes gegen

Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen):

Für die vorstehende Erklärung soll das "Formblatt zur Eignungsprüfung" (Anlage 3) verwendet werden.

- (2) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): Für die vorstehende Erklärung soll das "Formblatt zur Eignungsprüfung" (Anlage 3) verwendet werden.
- (3) Erklärung nach § 19 Abs. 3 MiLoG (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): Für die vorstehende Erklärung soll das "Formblatt zur Eignungsprüfung" (Anlage 3) verwendet werden.
- (4) Erklärung zum Nichtbestehen eines Russlandbezugs (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): Für die vorstehende Erklärung soll die "Eigenerklärung Russland" (Anlage 4) verwendet werden.
- (5) Erklärung zu § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): Für die vorstehende Erklärung soll die "Eigenerklärung Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz" (Anlage 5) verwendet werden.
In Form von Fremdnachweisen:
- (6) Kopie eines Handelsregistorauszugs oder eines Registorauszugs gleichwertiger Art nicht älter als drei Monate zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist (mit dem Angebot mittels Dritterklärung vorzulegen)

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

In Form von Eigenerklärungen:

- (1) Die Gesamtumsätze des Bieterunternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren vor Veröffentlichung der Bekanntmachung (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): Für die vorstehende Erklärung soll das "Formblatt zur Eignungsprüfung" (Anlage 3) verwendet werden.
- (2) Die Umsätze des Bieterunternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren vor Veröffentlichung der Bekanntmachung bezogen auf Leistungen, die mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind. (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): Für die vorstehende Erklärung soll das "Formblatt zur Eignungsprüfung" (Anlage 3) verwendet werden.
- (3) Nachweis des Bestehens einer Betriebshaftpflichtversicherung unter Angabe der versicherten Risiken jeweils mit Deckungssummen nicht vor dem 01.06.2023 datiert.
Mindestbedingungen:
Die Deckungssummen der Versicherungen müssen sich mindestens auf folgende Beträge je Versicherungsjahr zweifach maximiert belaufen:
 - Personenschäden: € 5.000.000,00
 - Sachschäden: € 5.000.000,00
 - Vermögensschäden: € 5.000.000,00

Falls eine Versicherung bzw. die Versicherungen mit den geforderten Deckungssummen derzeit nicht besteht/

bestehen, genügt die Vorlage

- einer unterschriebene Eigenerklärung des Bieters, dass er im Auftragsfall bereit ist, eine entsprechende

Versicherung bzw. entsprechenden Versicherungen auf erstes Anfordern der Auftraggeberin abzuschließen und

- die Erklärung eines Versicherers in Kopie, dass dieser zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung

bzw. entsprechender Versicherungen mit dem Bieter bereit ist.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindestbedingungen:

Die Deckungssummen der Versicherungen müssen sich mindestens auf folgende Beträge je Versicherungsjahr

zweifach maximiert belaufen:

- Personenschäden: € 5.000.000,00

- Sachschäden: € 5.000.000,00

- Vermögensschäden: € 5.000.000,00

Falls eine Versicherung bzw. die Versicherungen mit den geforderten Deckungssummen derzeit nicht besteht/

bestehen, genügt die Vorlage

- einer unterschriebene Eigenerklärung des Bieters, dass er im Auftragsfall bereit ist, eine entsprechende

Versicherung bzw. entsprechenden Versicherungen auf erstes Anfordern der Auftraggeberin abzuschließen und

- die Erklärung eines Versicherers in Kopie, dass dieser zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung

bzw. entsprechender Versicherungen mit dem Bieter bereit ist.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- (1) Referenzen über früher ausgeführte Aufträge im Bereich die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar

sind in den letzten höchstens drei Jahren vor Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung unter Nennung

der erbrachten wesentlichen Leistungen, des Leistungszeitraums, des Auftragswerts sowie des Empfängers

(Referenzkunde mit Ansprechpartner und Telefonnummer).

Mindestbedingungen:

- mindestens 3 Referenzen,

- über vergleichbare Leistungen

- in den letzten drei Jahren.

Für die vorstehende Erklärungen soll das "Formblatt zur Eignungsprüfung" (Anlage 3) verwendet werden.

Soweit die Bieter mehr Referenzen abgeben möchte als das "Formblatt zur Eignungsprüfung" (Anlage 3) hierfür

Felder vorsieht, kann dies unter Übernahme der entsprechenden Gliederung auf gesonderter Anlage erfolgen.

- (2) Erklärung zu der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren (2020, 2021 und 2022)

durchschnittlich jährlichen Anzahl von Beschäftigten.

Für die vorstehende Erklärung soll das "Formblatt zur Eignungsprüfung" (Anlage 3) verwendet werden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindestbedingungen geeigneter Referenzen:

- mindestens 3 Referenzen,
- über vergleichbare Leistungen
- in den letzten drei Jahren.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 21/09/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/11/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 21/09/2023 Ortszeit: 10:00

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Bietergemeinschaften:

Bei der Beteiligung von Bietergemeinschaften haben diese mit ihrem Angebot eine Aufstellung der Mitglieder der Bietergemeinschaft mit Bezeichnung des bevollmächtigten Vertreters für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages sowie eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung einzureichen, dass der bevollmächtigte Vertreter alle weiteren Mitglieder der Bietergemeinschaft vertritt und alle Mitglieder bei der Auftragsausführung als Gesamtschuldner haften. Hierfür soll das beigelegte "Formblatt für Bietergemeinschaften" (Anlage 6) verwendet werden. Die Erklärungen und Nachweise nach Abschnitt III. dieser Bekanntmachung sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen. Die

Auftraggeberin behält sich vor, gegebenenfalls für die unter Abschnitt III. geforderten Eigenerklärungen Fremdnachweise nachzufordern, um die Eigenerklärungen zu verifizieren.
Eignungsleihe:

Der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft kann im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er bzw. sie nachweist, dass ihm bzw. ihr die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen. Hierzu ist/sind diese bzw. diese anderen Unternehmen unter Verwendung des "Formblatts Eignungsleihe" (Anlage 8) zu benennen und das "Formblatt Verpflichtungserklärung Eignungsleihe" (Anlage 8a) einzureichen. Zudem sind für das bzw. die eignungsleihenden Unternehmen die genannten Eignungsnachweise dem Angebot beizufügen. Die unter Abschnitt III.1.2 (wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit) und III.1.3 (technische und berufliche Leistungsfähigkeit) bezeichneten Unterlagen hat der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft im Falle der Eignungsleihe mit dem Angebot für diese Dritten in dem Umfang vorzulegen, in dem sich der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft auf die Fähigkeiten der Dritten zum Nachweis seiner/ihrer wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit beruft. Außerdem hat der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft mit ihrem Angebot auch von diesem Dritten eine Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 GWB sowie § 124 GWB vorzulegen. Hierfür ist die Anlage 3 zur Angebotsaufforderung zu verwenden.

Unterauftragnehmer:

Beabsichtigt ein Bieter bzw. die Bietergemeinschaft, Teile des Auftrags durch Unterauftragnehmer zu erbringen und will der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft sich zugleich auf deren wirtschaftliche und/oder finanzielle sowie technische und/oder berufliche Leistungsfähigkeit berufen, sind die Vorgaben der Eignungsleihe zu beachten. Beabsichtigt ein Bieter bzw. eine Bietergemeinschaft, Teile des Auftrags durch Unterauftragnehmer zu erbringen, ohne sich zugleich auf deren wirtschaftliche und/oder finanzielle sowie technische und/oder berufliche Leistungsfähigkeit zu berufen, müssen die Teile des Auftrags, die im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte vergeben werden, im "Formblatt Einbeziehung von Unterauftragnehmern" (Anlage 7) angegeben werden. Soweit zumutbar, sind in der Anlage 7 die vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen und das "Formblatt Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer" (Anlage 7a) mit dem Angebot abzugeben. Sofern die Unterauftragnehmer nicht benannt wurden, kann die Auftraggeberin vor Zuschlagserteilung von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, verlangen, unter Verwendung der Anlage 7 die Unterauftragnehmer zu benennen und, unter Verwendung der Anlage 7a, nachzuweisen, dass die ihnen erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen. In Bezug auf den für den Zuschlag vorgesehenen Bieter prüft die Auftraggeberin vor Erteilung des Zuschlags, ob Gründe für den Ausschluss des/ der Unterauftragnehmer(s) vorliegen. Dies erfolgt durch die Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen in Anlage 3 zur Angebotsaufforderung.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen

Postanschrift: Albrecht-Thaer-Straße 9

Ort: Münster

Postleitzahl: 48147

Land: Deutschland

Telefon: +49 251-4113514

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabestelle weist ausdrücklich auf die Rügeobliegenheiten der Bieter sowie auf die Präklusionsregelungen gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 bis Nr. 4 GWB hinsichtlich der Behauptung von Verstößen

gegen die Bestimmungen über das Vergabeverfahren hin.

§ 160 Abs. 3 S.1 GWB lautet:

Der Antrag (auf Nachprüfung) ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des

Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10

Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt.

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis

zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis

zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu

wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach

§ 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 S. 2 GWB bleibt unberührt.

Die Vergabestelle weist insbesondere darauf hin, dass ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens

gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 unzulässig ist, wenn nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge

nicht abhelfen zu wollen (Nichtabhilfeentscheidung), mehr als 15 Kalendertage vergangen sind.

Die Vergabestelle wird gemäß § 134 GWB die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen,

hiervon vor Zuschlagserteilung nach Maßgabe des § 134 GWB informieren. Bei schriftlicher Information darf der

Vertrag erst 15 Kalendertage, bei Information auf elektronischem Weg oder per Telefax erst 10 Kalendertage

nach Absendung der Information geschlossen werden (§ 134 GWB). Die Frist beginnt am Tag nach der

Absendung der Information durch den Auftraggeber, § 134 GWB.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen

Postanschrift: Albrecht-Thaer-Straße 9

Ort: Münster

Postleitzahl: 48147

Land: Deutschland

Telefon: +49 251-4113514

Fax: +49 251-41183514

Internet-Adresse: www.bezreg-muenster.de/de/wirtschaft_finanzen_kommunalaufsicht/vergabekammer_westfalen/index.html

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

21/08/2023